

Hintergrund: Ankara und die Gaza-Invasion

Die Art und Weise, in der die AKP an die Regierung gekommen ist und das Ausmaß ihrer Beliebtheit, die sie in ihrer muslimischen Wählerschaft gewinnen konnte, hat der Parteiführung möglicherweise ein zu optimistisches Bild vermittelt. mehr ...



RSS 3 min.

Newsletter bestellen
Newsletter abbestellen

Ihre Email-Adresse

Islamische Zeitung

Unabhängiges Forum für Europa
Samstag, 10. Januar 2009

IZ-SPEZIAL
Finanzkrise: Analysen und Alternativen

Online-Shop **NEU**

Islamische Zeitung.tv
DIE RESSOURCE FÜR AUDIO - VIDEO - FOTO

Islam. Die Grundlagen.
Islamische Lebenspraxis · Gesundheit · Prophet · Terrorismus · Lebensart · Geld · Tasawwuf · Aqida · Recht (Fiqh) · Geschichte

Wählen Sie aus unseren Kategorien:

Suche
Schnellfinder
Suchbegriff
Erweiterte Suche

Rubriken

- Wirtschaft und Recht**
Nur knapp jeder dritte Deutsche beurteilt seine Wirtschaftslage positiv
Weltweit dramatischer Vertrauensverlust in die Wirtschaft [mehr](#)
- Kultur**
Johannesburg: Südafrikas Präsident gibt UN-Sicherheitsrat Mitschuld an Gaza-Krise
"Freunde im Sicherheitsrat" [mehr](#)
- Bildung**
Hintergrund: Der Einfluss der Religion auf den Seelenfrieden. Von Ibrahim Rüşchoff
Das befriedete Selbst [mehr](#)
- Berlin**
Analyse: Berliner Außenpolitiker schließen einen Einsatz deutscher Militärs im Gazastreifen nicht aus
Gleichgewicht der Schwäche [mehr](#)
- Interview**
"IZ-Begegnung" mit der Religionspädagogin und Autorin Lamya Kaddor
Gedanken zur "Zukunft unser Jugend" [mehr](#)

Login

Sie sind hier: Home >> >> Wie deutsche Behörden das Verfassungsgericht austricksen. Von Peter Ziegler, Basel

29.12.2008 Wie deutsche Behörden das Verfassungsgericht austricksen. Von Peter Ziegler, Basel

Kritische Fragen an die Verwaltungen

(iz). Für ein paar tausend militante Tierschützer, die Bundestierärztekammer und den Landesverband Hessen der NPD war die Welt wieder in Ordnung. Unisono lobten sie das höchste deutsche Gericht, das sieben Jahre zuvor von ihnen verbale Prügel bezogen hatte. Die Richter der 3. Kammer des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) hatten es abgelehnt, dem muslimischen Metzger Rüstem Altinküpe aus dem mittelhessischen Aßlar-Werdorf per einstweiliger Anordnung das Schlachten ohne Be- täubung zum Opferfest 2008 zu erlauben. Tatsächlich erlitt der reale Tierschutz die schlimmste Niederlage der vergangenen zwanzig Jahre. Noch nie in der Geschichte der fast 60jährigen Bundesrepublik dürfte es soviel gemeinschaftlich begangene Verstöße gegen das Grundgesetz gegeben haben wie Anfang Dezember.

Werbung

Die deckungsgleichen Pressemeldungen der kirchlichen Nachrichtenagenturen KNA und epd hatten die Essenz des Karlsruher Urteils jedoch unerwähnt gelassen. Gerichtspräsident Papier und die Richter Bryde und Schluckebier wichen mit ihrem Urteil keineswegs von der Linie des BVerfG ab: „Die grundsätzliche Bewilligung des Schächtens steht im Fall des Beschwerdeführers, der in seinem Betrieb im Jahre 2008 insgesamt 500 Schafe und 200 Rinder schächten darf, nicht in Rede.“ Die Karlsruher Richter äußerten sogar Zweifel, ob die bisherigen Eilentscheidungen des Verwaltungsgerichtes Gießen den Anforderungen zur Religionsfreiheit und freien Entfaltung der Persönlichkeit gerecht werden. Entscheiden mussten sie jedoch über baurechtliche Fragen. Schlitzohrig hatte Reinhard Strack-Schmalor, Verwaltungsdirektor im Lahn-Dill-Kreis, gesagt, der muslimische Unternehmer Altinküpe dürfe nicht mehr Tiere schlachten, als die hessische Bauordnung für den Betrieb einer solchen Größe erlaube. Einmal mehr wurde die Religionsfreiheit durch kommunales Baurecht ausgehebelt.

Klarer Verstoß gegen Religionsfreiheit

Genial, schmunzeln die Rechtspopulisten. Schikane nennt es Rüstem Altinküpe. Nachdem das Bundesverfassungsgericht ihm das Schächten erlaubt habe, versuche der Landrat ihn auf anderen Wegen an der Ausübung seines Berufs zu hindern. Für den Vorsitzenden der islamischen Religionsgemeinschaft Hessen (IRH) Ramazan Kuruyüz ist das Vorgehen der Behörde „ein klarer Verstoß gegen die im Grundgesetz verankerte Religions- und Berufsfreiheit“. Behörden und Politik zwingen Muslime dazu, illegal zu schlachten. Das ist inzwischen nicht nur durch Zahlen beweisbar. In Bayern waren zum Opferfest am 10. Januar 2006 34 Anträge gestellt und 18 genehmigt worden. Zum Opferfest am 31. Dezember 2006 wurden nur noch 24 Anträge gestellt und 15 genehmigt, wobei jeweils nur das „Schächten“ von Schafen beantragt und genehmigt wurde. In der Folge dieser Anträge wurden zu Silvester 2006 in den Landkreisen Donau-Ries, Neuburg, Eichstätt und Schwandorf 1554 Schafe „geschächtet“. Zum Opferfest 2007 waren es dann nur knapp über 1.200. Für 2008 ist die Zahl der Anträge nach unbestätigten Angaben nochmals erheblich zurückgegangen.

Beliebte Kunden

Muslime sind europaweit gerne gesehene Kunden der Schafzüchter. Immer mühsamer vermarkten deutsche Schäfer ihre Tiere, für die sie immer weniger Erlösen, wobei sie immer heftiger unter Preisdruck durch billiger erzeugtes Lammfleisch aus Übersee geraten. „Viele Schäferereien stehen wirtschaftlich mit dem Rücken an der Wand, da sich die Rahmenbedingungen und speziell die Produktionskosten in den letzten Jahren drastisch verschlechtert haben“, so Stefan Völl, Geschäftsführer des Verbandes der Schaf- und Ziegenhalter. Durch die massive Förderung von Biogasanlagen gehen den Betrieben vielerorts dann auch noch sicher geglaubte Grünlandflächen verloren.

Metzger Altinküpe in Hessen musste die 600 Lämmer und 40 Bullen, die er für das Opferfest erworben hatte, rasch an andere Betriebe veräußern, wollte er sie nicht noch

[Registrieren](#) [Passwort vergessen](#)

wochenlang durchfüttern. 700 Familien musste er absagen. Wo werden diese ihr Fleisch zum Opferfest 2009 kaufen? Geben muslimische Metzger die rituelle Schlachtung auf, dann „schächten“ ihre Kunden immer öfter illegal. Nachdem 2002 der Tierschutz als Staatsziel in die Verfassung aufgenommen worden ist, wäre betäubungsloses Schlachten ohne Ausnahmegenehmigung ein Verstoß gegen das Grundgesetz.

Außer in Bayern und Baden-Württemberg waren Ausnahmegenehmigungen zum Schächten praktisch nicht von Bedeutung, sagte der Tierschutzsprecher der Union, Dr. Peter Jahr, bei Beratungen im Bundesrat. Die geringe Inanspruchnahme erklärt er mit der verbreiteten Anwendung der „Elektrokurzzeitbetäubung“. Das ist Wunschdenken - tatsächlich reisen viele Muslime aus Nordrhein-Westfalen nach Belgien, jene aus Baden und der Pfalz und von der Saar nach Frankreich, und auch in Polen, Tschechien und - einigen österreichischen Bundesländern darf ohne Betäubung geschlachtet werden.

Gewollter Rechtsbruch durch deutsche Beamte?

Wenn tatsächlich einmal das vom Verfassungsgericht garantierte Recht der Religionsfreiheit gerichtlich durchgesetzt wird, dann versuchen Landräte, Verwaltungsjuristen und Populartät heischende Politiker dieses Recht zu unterlaufen. Tipps und Tricks dazu werden ganz offiziell vom Bund beamteter Tierärzte im Zuge beruflicher Fortbildung angeboten. Im Juni 2006 schloss der Landesvorsitzende des BbT in Baden-Württemberg und Veterinärämtsleiter im Hohenlohekreis, Martin Hartmann, die Presse kurzfristig vom Landestierärztetag aus. Ein Journalist wollte sich den Vortrag seines Kollegen Michael Pettrich anhören.

Nach dem Urteil des BVerfG von 2002 fühlte sich der Leiter des Veterinärämtes im Landkreis Göppingen dazu ermuntert, im Stile geheimdienstlicher Agententätigkeit gegen die Muslime in seiner Region vorzugehen. Schließlich hatte der Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann das Urteil des Verfassungsgerichtes zur Aufhebung des Schächtverbots soeben als „ein neues verhängnisvolles Zeichen“ und eine Zumutung für die Mehrheit der Deutschen gescholten. „Wann“, so fragte Hohmann damals empört, „werden in Deutschland mit dem Segen von Karlsruhe Diebe amputiert und Ehebrecherinnen gesteinigt, weil Religion und Sitte der Muslime es eben erfordern?“

Der schwäbische Staatsveterinär wiederum sah die „Anarchie auf Wiesen und Hinterhöfen“ nahen. Im Magazin „Focus“ berichtete er: „Das Messer war gewetzt, die Gesellschaft bei bester Laune. Zwei Männer drückten ein nicht betäubtes Lamm auf die Schlachtbank, bis die Halsgefäße des Tieres prall hervortraten. Ein dritter brachte, mit einem laienhaften Sägeschnitt, die Bahnen zum Platzen. Der Raum füllte sich mit Blut und religiösen Rufen, Kinder tanzten. Die waren wie im Rausch“, beschreibt Michael Pettrich die bizarre Szene. „Der Amtstierarzt hatte sich in Zivil unter die Feiernden des islamischen Opferfestes gemischt und blieb unerkannt - bis er den Schlitzer fotografieren wollte. Massiv hätten türkische Frauen ihn daraufhin bedroht. Der Veterinär bekam dermaßen Angst, dass er die Polizei zu Hilfe holte.“

Antisemitische Klischees virulent in der Debatte

„Schlitzer“ ist ein antijudäischer Ausdruck, mit dem im tiefsten deutschen Mittelalter die Juden verleumdet wurden, weil sie angeblich christliche Knaben „aufschlitzen“ würden, um deren Blut zu trinken. Der für Fleischrecht zuständige Jurist im Regierungspräsidium Stuttgart, Dierk Thümmel, verweigerte zum braunen Gedankengut eine Stellungnahme: „Der Regierungspräsident möchte diese Äußerung nicht kommentieren, um sie nicht noch aufzuwerten.“ Manches, was Tierschützer von sich geben, sei im Regierungspräsidium als „nicht mehr zitierfähig“ bewertet worden. Infolge seiner als antisemitisch kritisierten Rede zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2003 wurde der politische Brandstifter Martin Hohmann als erster Abgeordneter aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und später auch aus seiner Partei, der CDU Hessen, ausgeschlossen. Der Schwabe Michael Pettrich ist noch immer im Amt und auf der Jagd nach „Islamisten“. Er wird dabei von seiner ostdeutschen Vertreterin Petra Herzog tatkräftig unterstützt. Beide haben den Segen von Landrat Oskar Weber, der öffentlich polterte: „In meinem Landkreis wird es keine Schächtungen geben!“

Offene Ignorierung von Gerichtsentscheidungen

Pettrich lehnte 2007 ein muslimisches Begehren auf Ausnahmegenehmigungen mit fadenscheinigen Argumenten ab. Verfassungsrechtler Rainer Nickel aus Frankfurt überzeugte jedoch das Verwaltungsgericht Stuttgart, das anordnete: „Der Landkreis wird verpflichtet, für das Opferfest in der Zeit vom 20.12.2007 bis 22.12.2007 ausnahmsweise das Schlachten von bis zu 61 Schafen und 4 Rindern ohne Betäubung für Mitglieder des Türkischen Kulturvereins e.V. Esslingen und deren Gäste durch den Antragsteller zu dulden.“ Was jetzt folgte ist symptomatisch für einige deutsche Verwaltungen.

Am Morgen des 27. Dezember 2007 wurde der Schlachthof in Zell unter dem Aichelberg durch fünf Polizeiautos mit kreisendem Blaulicht umstellt, angeblich zum Schutz der türkischen Muslime vor Tierschützern. Einige der „Beschützten“ flüchteten mit quietschenden Reifen und verzichteten auf ihr Fleisch. Veterinärbeamte des Landratsamtes machten illegal Film- und Fotoaufnahmen und dokumentierten auch die Namenslisten der Kunden. Neben diesen Schikanen griffen die Hygienekontrolleure zum Mittel der Sabotagekontrolle. Minutenlang wurde jedes geschlachtete Tier besehen und begutachtet, so dass die Zahl der gerichtlich genehmigten Schlachtungen bis Betriebsschluss gar nicht erst erreicht wurde. Für den Betrieb war dies ein finanzieller Verlust. Damit nicht genug: In den Monaten nach dem Opferfest wurde der Schlachthof plötzlich mit akribischen Hygieneinspektionen überzogen. Die fast durchweg weibliche Kontrollbrigade von Petra Herzog fand in einer Woche mehr Schmarotzer (Sarkospiridien)

Werbung

arabKALENDER.eu

Hijri-Miladi-Kalender

التقويم الهجري والميلادي

2009

Kalligraphie-Tischmonatskalender

www.arabKALENDER.eu

Werbung

als die Jahresstatistik von ganz Deutschland ausweist. Bis zu 15 Schlachttiere pro Tag warf sie mit dem Verweis auf eine Verordnung der EU weg. Von einer Beamtin aus dem Regierungspräsidium soll der Betriebsinhaber sogar verbal bedroht worden sein. Würde nochmals eine Ausnahmegenehmigung für seinen Betrieb beantragt, werde sie persönlich den Schlachthof schließen. Der engagierte christliche Unternehmer gab mit Blick auf seine Familie genervt auf.

Der gebürtige Isländer Olafur Oddgeirsson, weltweit eingesetzter EU-Gutachter, der auf seiner Heimatinsel ein Kontrollsystem für Schafzucht einrichtete und heute in Edinburgh in Schottland eine Beratergruppe führt, kann nur den Kopf schütteln. Er schäme sich für seine schwäbischen Kolleginnen, sagte er dem Autor. Sie hätten von Schafen nur wenig Ahnung und seien zudem durchweg schlecht ausgebildet. Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft Ulm wegen Nötigung, Falschbeurkundung u.a. Die Beamten leugnen empört jeden Zusammenhang zwischen ihren Hygienekontrollen und dem Opferfest von 2007.

Toleranz der Veterinäre

Bundesdeutsche Amtstierärzte sind intoleranter als ihre kaiserlichen Kollegen, angeblich im Namen des Tierschutzes. Die Diskussion wird fast nur noch unsachlich geführt. Zitat aus Meyers Konversationslexikon, Vierte Auflage, 1885-1892: „Wiederholt ist das Schächten lebhaft angefeindet worden, und in der That kann nicht geleugnet werden, dass die Methode auf den Laien einen höchst abschreckenden Eindruck macht. Die Verteidiger des Schächtens haben dagegen geltend gemacht, dass nach der Durchschneidung der Blutgefäße am Hals die Blutzirkulation im Gehirn sofort aufhört, so dass fast momentan Bewusstlosigkeit eintritt.“

Rückzug in die Grauzone

Für das Opferfest 2008 sind bei den Landratsämtern im Regierungsbezirk Nordwürttemberg keine Ausnahmegenehmigungen mehr beantragt worden. In den drei anderen Bezirken von Baden-Württemberg kann man das noch nicht sicher sagen, da erst seit diesem Jahr überhaupt „nach oben“ berichtet werden muss. Was auf den Wiesen, in den Schafgehegen und den Scheunen der Schwäbischen Alb und anderswo geschehen ist, dazu schweigen sich Beteiligte und Augenzeugen aus. Veterinärbeamte sind bei Schäfern auch aus anderen Gründen nicht gerne gesehen. Diese schmälern durch horrenden Gebühren für die Fleischschau deren ohnehin geringen Verdienst. Das ist eine andere Rechtssache, wegen der die deutsche Regierung gerade vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg verklagt wird. Laut der aktuellsten Schlacht-Statistik der EU werden in den 27 Mitgliedsstaaten inzwischen pro Jahr 360 Millionen Rinder, Schweine, Ziegen und Schafe, vier Milliarden Geflügel, 330 Millionen Küken und 25 Millionen Pelztiere getötet. Wieviele davon mögen wohl von Muslimen „geschächtet“ worden sein?